



BÜRGERAKTION "DAS BESSERE MÜLLKONZEPT"

B.U.M. e.V. - Im Eschle 7 - 78 628 Rottweil

Bürgerinitiative Umweltgerechte Müllpolitik B.U.M. e.V.
Schwarzwald-Baar-Heuberg, Tel. 0741 / 21799

www.bum-sbh.de

Es schreibt: Elke Spors
Schliffkopfweg 16
78628 Rottweil
Tel. 0741/15061
ekhsports@t-online.de

08.12.2005

An das
Bundesamt für Energie
Abteilung Recht und Sicherheit
CH-3003 Bern
Monika.jost@bfe.admin.ch

Atommüllendlager Benken

Widerspruch zum Entsorgungsnachweis der NAGRA

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit legt die Bürgerinitiative Umweltgerechte Müllpolitik Schwarzwald-Baar-Heuberg B.U.M.e.V. Widerspruch gegen den Entsorgungsnachweis ein, welcher von der Nationalen Genossenschaft zur Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz (NAGRA) vorgelegt wurde.

Vorbemerkungen

Unserm Widerspruch möchten wir Fakten zur Atomenergie vorausschicken, wie sie von der Vereinigung International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) gemeinsam mit EUROSOLAR erstellt wurden.

- **Atomenergie ist eine Sackgasse** – Uran reicht nur noch einige Jahrzehnte.

- **Atomstrom ist für die Energieversorgung verzichtbar.** Er deckte 2001 nur 2,3 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs. Der Beitrag erneuerbarer Energien liegt heute schon deutlich höher.
- Das **Super-GAU-Risiko in Europa beträgt 16 Prozent**, weltweit liegt es bei 40 Prozent.
- **Weltweit** gibt es bis heute **keine sichere Entsorgungsmöglichkeit** für hochradioaktiven Müll.
- **Atomenergie fördert die Verbreitung von Atomwaffen.**
- **Atomenergie kann das Klima nicht retten.** Das ist nur durch erneuerbare Energien in Verbindung mit effizienten und sparsamen Energietechniken möglich.
- **Atomenergie muss zu 100% durch Energie aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse ersetzt werden.**

Fazit: Atomkraftwerke müssen abgeschaltet werden

Erst wenn dieser Beschluss vorliegt, kann über die Endlagerung des vorhandenen Atom Mülls entschieden werden. Dabei dürfen die wirtschaftlichen Interessen der Atomwerke nicht die entscheidende Rolle spielen. Die ethische Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen ist durch nichts zu relativieren.

Die Bevölkerung darf bei einem Bürgerentscheid nicht mit enormen finanziellen Mitteln in Richtung Erhalt der Atomenergie beeinflusst werden, sondern muss sachlich Informationen erhalten.

Begründung des Widerspruchs:

Ungeklärte Fragen

1. Wie kann die **Gefährdung durch Terrorismus** ausgeschlossen werden – nicht nur hinsichtlich des Endlagers, sondern auch bezüglich des Transportes und der Zwischenlagerung von atomarem Müll?
2. Nach Meinung internationaler Experten gewährleistet die extrem dünne Opalinuston-schicht bei Benken keine Gewähr für eine sichere Endlagerung. Der **Einfluss der abgegebenen Wärme im Endlager auf Opalinuston und Bentonit ist nicht ausreichend erforscht.** Wie entwickelt sich Atom Müll im Opalinuston in x-tausend Jahren?
3. Wie kann die Sicherheit in einer **erdbebengefährdeten Zone** garantiert werden?
4. Wie kann die **absolute Dichtigkeit der Behälter** für den Atom Müll garantiert werden?
5. Wie wird sichergestellt, dass ein Atomendlager in Nähe des Oberrheins nicht zu einer **Gefährdung der Trinkwasserversorgung sämtlicher Rheinanlieger wird?**
6. Welche Maßnahmen können die Sicherheit während der gesamten Lagerzeit garantieren? Dazu muss die **langfristige Kontrollierbarkeit und Rückholbarkeit der Abfälle** möglich sein.

7. Wie wird eine wechselseitige **Beeinflussung von Atommüll und wasserführenden Schichten über und unter der Opalinustonschicht** ausgeschlossen?
8. Wie wird sichergestellt, dass **warnende Informationen** zu diesem Endlager **über Tausende von Jahren erhalten und verstanden werden?**

Der vorliegende Entsorgungsnachweis der NAGRA wirft viele ungelöste Fragen auf. Wir widersprechen deshalb seiner Annahme.

Unsere Forderungen:

1. Mit dem Entsorgungsnachweis dürfen **im Vorfeld keine Fakten** geschaffen werden hinsichtlich der Endlagerung des atomaren Mülls.
2. Es müssen **alternative Lösungen** gesucht werden und diese **Suche darf nicht auf die Schweiz begrenzt** werden, wenn sich im Land kein geeigneter Standort findet. Es ist anerkennenswert, dass die Schweiz ihren Atommüll selbst lagern will. Wenn jedoch auf Grund eines fehlenden geeigneten Standortes das Schweizer Atomendlager zu einer Gefahrenquelle europäischen Ausmaßes wird, müssen übergeordnete Kriterien berücksichtigt werden.
3. Es müssen die **sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Auswirkungen** eines Atomendlager im Zürcher Weinland geprüft werden. Die Konzentration von kerntechnischen Anlagen lässt negative Auswirkungen auf den Tourismus, sowie die Bewertung von Immobilien und Grundstücken in der gesamten Region erwarten.
4. Die NAGRA bezieht sich auf die Zustimmung des von der Bundesregierung der BRD einberufenen Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd). Es wird jedoch verschwiegen, dass die Bundesregierung in einer abweichenden Stellungnahme die **fehlende Nachvollziehbarkeit des bisherigen Auswahlverfahrens** moniert. Professor Dr. Rolf Bertram i.R. Physikalische Chemie, Technische Universität Braunschweig äußerte zu dem Bericht des AKEnd, dass **„wesentliche Einflussgrößen für die Sicherheit eines Endlagers unberücksichtigt blieben.“** Alle noch offenen Fragen müssen abgeklärt werden.
5. Die Erstellung eines **Gutachtens durch unabhängige Experten** nach der Praxis eines „second team“ ist unabdingbar hinsichtlich Benken und aller zu prüfenden Standorte.
6. Die **BRD** muss in das Bewilligungsverfahren eingebunden werden.
7. **Alle Einsprüche sind durch ein unabhängiges Gericht zu prüfen.**

Mit freundlichen Grüßen

Elke Spors

Vorstandssprecherin der B.U.M.e.V.